



N I E D E R S C H R I F T
über die 41. Sitzung des Gemeinderats am 06.04.2011,
im großen Sitzungssaal im Rathaus Piding
öffentlicher Teil

Anwesend:	Herr Holzner	Erster Bürgermeister
	Herr Argstatter	Gemeinderat
	Herr Bender	Gemeinderat
	Herr Beranek	Gemeinderat
	Herr Dießbacher	Gemeinderat
	Herr Dufter	Gemeinderat
	Herr Geigl	Gemeinderat
	Herr Grimm	Gemeinderat
	Frau Goldbrunner	Gemeinderätin
	Herr Grünäugl	Gemeinderat
	Herr Hogger	Gemeinderat
	Herr Reichenberger	Gemeinderat
	Herr Rotter	Gemeinderat
	Herr Seichter	Gemeinderat
	Frau Schöndorfer	Gemeinderätin
	Frau Scholze	Gemeinderätin
	Herr Steinbrecher	Gemeinderat
	Herr Utz	Gemeinderat
	Frau Wolf	Gemeinderätin
	Herr Dr. Zimmer	Dritter Bürgermeister

Entschuldigt/Grund: Herr Pfannerstill wg. Krankheit

Unentschuldigt: ---

Verwaltung:	Frau Hirsch	Geschäftsführende Beamtin
	Herr Koll	Leiter Kämmerei
	Herr Kloucek	Zweiter Kämmerer
	Frau Aschauer	Schriftführerin

Gäste: ---

Beginn: 19.05 Uhr

Ende: 21.50 Uhr

Tagesordnung öffentlicher Teil:

01. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
02. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 16.03.2011 sowie der Tagesordnung
03. Erlass Haushaltssatzung und Aufstellung Haushaltsplan samt Anlagen für das Jahr 2011 sowie mittelfristige Finanzplanung 2011 - 2014
04. Ortsentwicklungsplanung Gemeinde Piding
- Beratung über Ortsentwicklungskonzept und Abschluss Phase 1-Fachforum
05. Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Schulturnhalle
06. Neugestaltung Gelände Schlossweiher
07. Abschluss Amtshilfevereinbarung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf Kreisebene
08. Verschiedenes
09. Anfragen und Anträge

01. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung der Mitglieder und der Beschlussfähigkeit:

BM Holzner begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Ebenso stellt er die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

02. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 16.03.2011 sowie der Tagesordnung:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung vom 16.03.2011 wird genehmigt.

Mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

03. Erlass Haushaltssatzung und Aufstellung Haushaltsplan samt Anlagen für das Jahr 2011 sowie mittelfristige Finanzplanung 2011 - 2014:

Der Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes für das Jahr 2011 sowie die Aufstellung der mittelfristigen Finanzplanung 2011 – 2014 wurde in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 28.02.2011 und 28.03.2011 vorberaten.

Die Haushaltsunterlagen wurden bereits an alle Mitglieder des Gemeinderates ausgegeben.

Herr Kloucek geht nochmals kurz auf das Wesentliche im Haushalt 2010 ein, zeigt die Entwicklung des Haushalts von 2009 – 2011 auf und erläutert anschließend ausführlich den Haushalt 2011.

In der folgenden Aussprache wird angeregt, anstelle des Schlossgeländes besser den Bahnhofsvorplatz neu zu gestalten und die Umstellung auf Doppik nicht zu lange aufzuschieben. Ebenso wird gebeten den Beschlussvorschlag in zwei Beschlüsse aufzuteilen und nachgefragt, bis wann das Vermögen der Gemeinde ermittelt ist. Hierzu teilt **Herr Koll** mit, dass dies ab 2012 der Fall sein wird. Da der Verkauf von Gewerbegrund das Fundament für den diesjährigen Haushalt bildet, wird seitens der Kämmerei nochmals darauf hingewiesen, in den nächsten 2 Jahren Kreditaufnahmen zu vermeiden und die noch freien Gewerbegrundstücke an der Lattenbergstraße noch heuer zu verkaufen.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Es wird beschlossen, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügte Haushaltssatzung samt Anlagen (Stellenplan) für das Jahr 2011 zu erlassen und den Haushaltsplan mit den darin enthaltenen Ansätzen und Abschlusszahlen aufzustellen.

Abstimmung: JA-Stimmen: 20
NEIN-Stimmen: 0

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Aufstellung der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2011 – 2014 in der von der Finanzverwaltung vorgelegten Fassung.

Abstimmung: JA-Stimmen: 18
NEIN-Stimmen: 2

**04. Ortsentwicklungsplanung Gemeinde Piding
- Beratung über Ortsentwicklungskonzept und Abschluss Phase 1-
Fachforum:**

Frau Hirsch weist darauf hin, dass der Abschlussbericht des Ortsentwicklungskonzeptes an alle Forumsteilnehmer versandt wurde. Bis Mitte Februar konnten nun redaktionelle Änderungen eingebracht werden, was nicht der Fall war. Somit ist die Ortsentwicklungsplanung vom Fachforum abgeschlossen. Der Gemeinderat nimmt nun das Konzept des Forums zur Kenntnis und kann im Weiteren entscheiden, ob er das Ortsentwicklungskonzept dann 1:1 übernehmen oder selbst noch Änderungen bzw. Ergänzungen mit einbringen will.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Abschlussbericht des Fachforums vom November 2010 zur Kenntnis. Phase 1 der Ortsentwicklungsplanung ist somit abgeschlossen.

Abstimmung: JA-Stimmen: 20
NEIN-Stimmen: 0

Frau Hirsch weist nochmals auf die Anregungen von GR Geigl vom 19.01.2011 hin. So soll in dem Konzept berücksichtigt werden:

- Hochwasserschutz
- Lärmschutz B 20
- Entfernung der Hochspannungsleitungen
- Besserer Verkehrsfluss B 20
- Einzeichnung der Ausgleichsflächen

Zudem wurde angeregt, die Entwicklung der Gewerbeflächen (inkl. geplante Änderung Flächennutzungsplan in Urwies) festzuhalten, sowie die Verschwenkung der B 20. Hierzu zeigt **Frau Hirsch** zwei Pläne vom Stadtplanungsbüro Dragomir auf.

In der anschließenden Diskussion wird angeregt, den Passus „nördlich der B 20 bis zur Autobahn kein weiteres Gewerbe anzusiedeln“ zu streichen, da dies breites durch die geplante Flächennutzungsplanänderung in Urwies gebrochen wurde. Dem wurde seitens einiger Gemeinderäte heftig widersprochen, da bei einer Nordumfahrung mehr nördliche Fläche zur Verfügung stehen würde. Zudem soll dieser Passus zur Förderung der Landwirtschaft und des Tourismus dienen. Ansonsten werden die Ziele des Ortsentwicklungskonzeptes sofort aufgegeben. Ebenso weisen einige Gemeinderäte darauf hin, auch an die nachfolgenden Generationen der Gemeinde zu denken und Piding hin zu einem lebenswerten Dorf zu lenken. Letztendlich kommt man zu dem Entschluss, die einzelnen Anmerkungen nochmals einzuarbeiten und in einer der nächsten Sitzungen darüber abzustimmen.

05. Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Schulturnhalle:

Frau Hirsch geht nochmals kurz auf den bereits bekannten Sachverhalt zur Errichtung einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Schulturnhalle ein.

Eine Analyse zur Errichtung dieser Photovoltaik-Anlage wurde durch das Büro Schoberth & Poindecker abgegeben:

- Netzeinspeisung der Photovoltaik-Anlage: 16,38 kWp
- Vergütungsfaktor: 0,2874 €/kWh
- Vergütungsfaktor bei Eigenverbrauch
größer als 30 %: 0,1674 €/kWh
zzgl. Ersparnis Eigenstromkosten (derzeit ca. 19 ct/kWh)
- Vergütungslaufzeit: 20 Jahre

Aufgrund dieser Eckdaten wurden zwei Angebote eingeholt.

	Variante 1 Volleinspeisung	Variante 2 Überschusseinspeisung
	Gegenüberstellung Ertrag und Investitions- und Betriebskosten	Gegenüberstellung Ertrag (unter Berücksichtigung der Einsparung bei Eigenversorgung) und Investitions- und Betriebskosten
Reinertrag in 20 Jahren:	rd. 36.000,- € netto	rd. 46.000,- € netto
Reinertrag pro Monat:	rd. 150,- € netto	rd. 190,- € netto

BM Holzner merkt an, dass bei diesen Angeboten nur mit einer Photovoltaik-Anlage auf der Südseite des Daches gerechnet wurde. Lt. Büro Schoberth & Poindecker ist auch auf der Nordseite eine Photovoltaik-Anlage möglich, es muss allerdings darauf geachtet werden, dass man mit beiden Anlagen nicht über 30 kWp kommt, da sich ansonsten die Einspeisevergütung reduziert. Der Reinertrag sowie die Anschaffungskosten (liegt bei einer Seite bei ca. 50.000,- € netto) sind dementsprechend zu korrigieren.

Bei einer Dachflächenvermietung hätte die Gemeinde Einnahmen von rd. 1.000,- €/Jahr, wobei hier erst die rechtliche Situation abgeklärt werden muss. Zudem hat sich herausgestellt, dass das vorhandene Stromkabel von der Schule zur Turnhalle nicht mehr dem Standard entspricht und neu verlegt werden muss. Hier zeigt sich, dass eine Verlegung im Außenbereich günstiger ist (Innenbereich auf Brandschutzmaßnahmen achten).

Bei einer Fremdfinanzierung könnte man ein Förderprogramm der KfW-Bankengruppe in Anspruch nehmen.

Herr Koll lässt wissen, dass er von einer Fremdfinanzierung abrät, da aufgrund der gemeindlichen Haushaltslage das Landratsamt eine Neuverschuldung nicht befürworten wird.

In der folgenden Aussprache kristallisiert sich heraus, dass eine genaue Gegenüberstellung gewünscht wird, in der auch u. a. Abschreibung und Zinsen berücksichtigt sind. Zudem wird dargelegt, dass eine Fremdfinanzierung sinnvoller sei, da sich die Photovoltaik-Anlage selber rechnen muss. **BM Holzner** teilt mit, dass Angebote nicht öffentlich besprochen werden dürfen und schlägt daher vor, die genaue Vorstellung und Abstimmung auf den nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen. Dem wird mehrheitlich zugestimmt. Abschließend regt **3. BM Dr. Zimmer** an, in die Beschlussfassung den Punkt mit aufzunehmen, dass nur europäische Module verwendet werden dürfen.

06. Neugestaltung Gelände Schlossweiher:

BM Holzner unterrichtet über die Ortsbesichtigung mit Frau Vaas vom LEADER-Programm bezüglich der Neugestaltung des Geländes am Schlossweiher, mit dem Ergebnis, dass eine Förderung durchaus denkbar ist.

In der folgenden Aussprache wird von einigen Räten die Frage aufgeworfen, ob es aufgrund der Haushaltslage und der Nutzung des Geländes am Schlossweiher überhaupt einen Sinn macht, diesen so umfangreich zu gestalten. **BM Holzner** verdeutlicht nochmals, dass das Gelände aufgrund der Baumaßnahme am Wasserwerk wieder in Stand gesetzt werden muss. In diesem Zusammenhang kann das Gelände so gestaltet werden, dass dort künftig diverse Veranstaltungen stattfinden könnten. Zudem wird eine Förderung durch das LEADER-Programm in Aussicht gestellt.

GR Duffer stellt den Antrag, darüber abzustimmen, ob die Durchführung zur Neugestaltung des Geländes am Schlossweiher gewünscht wird oder nicht.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Dem Antrag von GR Duffer, die Neugestaltung des Geländes am Schlossweiher auszusetzen, wird zugestimmt.

Abstimmung: JA-Stimmen: 8
NEIN-Stimmen: 12

07. Abschluss Amtshilfevereinbarung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf Kreisebene:

Frau Hirsch lässt wissen, dass der Kreistag am 28.06. 2010 beschlossen hat, die bisherige Satzung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid für den Landkreis aufzuheben und in überarbeiteter Form neu zu erlassen und erläutert die wesentlichen Punkte.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Dem Abschluss des vorliegenden Entwurfes der Amtshilfevereinbarung zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf Kreisebene wird zugestimmt. Der Entwurf dieser Amtshilfevereinbarung (Fassung 2010), der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmung: JA-Stimmen: 20
NEIN-Stimmen: 0

08. Verschiedenes:

BM Holzner weist auf die Tourismus-Hauptversammlung am Mittwoch, 13. April 2011, um 19.30 Uhr im Hotel Neubichler Alm hin.

09. Anfragen und Anträge:

- a) **GR Grünäugl** lässt wissen, dass er die Busfahrpläne für den neuen Gemeindereport zusammengestellt hat und die Datei der Verwaltung demnächst übermittelt wird.
- b) **GRin Schöndorfer** bittet um Auskunft, wie die Autobahndirektion zur Forderung der Gemeinde Piding über eine Nordumfahrung mit einer 2000 m langen Einhausung steht und was die Gemeinde unternimmt, wenn nur eine 400 m lange Einhausung gebaut wird. Ebenso bittet Sie, die Protokolle des Planungsdialogs den Gemeinderäten zur Verfügung zu stellen. **BM Holzner** teilt mit, dass die Autobahndirektion die Forderung als übertrieben darstellt, sich aber auch der Landrat für eine 2 km Einhausung einsetzt. Ehe die Gemeinde weitere Schritte unternehmen kann, muss zuerst die Stellungnahme des Bundes abgewartet werden. Die Protokolle des Planungsdialoges können selbstverständlich den Gemeinderäten zur Verfügung gestellt werden. **3. BM Dr. Zimmer** merkt hierzu an, dass lt. Autobahndirektion aus Kostengründen Einhausungen ohne Standstreifen geplant seien. Er stellt deshalb den Antrag, in der nächsten Sitzung einen Beschluss zu fassen, dass die Gemeinde aus Sicherheitsgründen eine 2 km lange Einhausung mit 4 plus 2 Fahrbahnen fordert.
- c) Auf Nachfrage von **3. BM Dr. Zimmer** teilt **BM Holzner** mit, dass man sich bei E.ON erkundigen wird, wie viel Kernkraft im Strom-Mix der Gemeinde steckt und was der Umstieg auf Öko-Strom kostet.
- d) **3. BM Dr. Zimmer** übergibt der Verwaltung zwei Anträge zur Behandlung in der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung.

Erster Bürgermeister Holzner beendet die öffentliche Sitzung um 21.50 Uhr.

Hannes Holzner
Erster Bürgermeister

Stefanie Aschauer
Schriftführerin